



# Für ein starkes Ostfriesland in Europa!

Beschluss des Bezirksparteitages der CDU Ostfriesland  
am 25. Mai 2024 in Aurich

# Für ein starkes Ostfriesland in Europa!

Die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 wird eine Richtungswahl. Nach beispiellosen Herausforderungen der letzten Jahre müssen wir unser geeintes Europa nun gegen Radikale, Demagogen und Nationalisten verteidigen. Eine starke Europäische Union ist das Fundament unseres Wohlstandes, unserer Sicherheit und unserer Freiheit. Zugleich ist sie die Voraussetzung dafür, dass unser Kontinent im globalen Wettbewerb bestehen kann.

Als CDU Ostfriesland bekennen wir uns mit Leidenschaft zur Zukunft unseres vereinten Europas. Unsere Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die für Frieden, Freiheit und Wohlstand steht. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die soziale Marktwirtschaft sind die tragenden Pfeiler unserer Staatengemeinschaft. Wir bekennen uns zu unseren christlich-abendländischen Wurzeln. Sie haben Europa geprägt und leisten auch weiterhin einen wichtigen Beitrag für unsere Wertegemeinschaft. Mit der europäischen Einigung haben unsere Großmütter und Großväter eine Antwort auf die Fehler des 20. Jahrhunderts gefunden.

Es ist unsere Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen diese Erfolgsgeschichte fortzuschreiben und gemeinsam die richtigen Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu geben. Dafür braucht es Mut und eine starke christlich-demokratische Stimme. Europa muss in den Händen bürgerlicher Kräfte bleiben. Unter dem Schirm des gemeinsamen Wahlprogramms von CDU und CSU sowie der EVP, ergänzt um diese ostfriesische Perspektive, gehen wir daher pro-europäisch und mutig voran. Für ein Europa der Chancen, der Freiheit, und des Wachstums. Für die Menschen in Ostfriesland.

## Neun Punkte für Europa.

### 1. Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt das Fundament für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Der europäische Binnenmarkt ist die Hauptschlagader unseres Wohlstands in Ostfriesland. Gleichzeitig haben die Auswirkungen der Pandemie und des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine Unsicherheiten bei der Energieversorgung und bei den Lieferketten geschaffen. Das hat viele Betriebe auch in Ostfriesland stark gefordert. Sie müssen dringend entlastet werden. Ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft bedeutet, unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung zu stärken. Wir fordern daher ein Bürokratiemoratorium. Europäischer Überregulierung, wie beim Lieferkettengesetz oder bei ausufernden Dokumentationsverpflichtungen, erteilen wir eine klare Absage. Das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu wirtschaften, werden wir nur mit der Wirtschaft und nicht gegen sie erreichen.

Die Automobilindustrie und ihre Zulieferbetriebe werden auch künftig eine wichtige Rolle in Europa, Deutschland und insbesondere bei uns in Ostfriesland spielen. Die Region und Volkswagen sind eng miteinander verbunden, viele Familien in Ostfriesland leben von VW. Um dies zu bewahren, unterstützen wir zukunftsorientierte, leistungsfähige und umweltbewusste Innovationen von VW und in der ganzen Automobilindustrie. Was es nicht braucht, sind starre Verbote, wie das der Verbrenner-technologie ab 2035. Wir wollen dieses auf europäischer Ebene wieder rückgängig machen. Technologieneutralität und Anreizmechanismen wie der CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel sind der richtige Weg, um die Herausforderungen wie CO<sub>2</sub>-Reduktion und Luftqualität erfolgreich zu meistern und gleichzeitig Arbeitsplätze zu sichern.

## 2. Europäische Bildung und Forschungsmobilität in den Fokus rücken

Die Vorteile der Europäischen Union sollen insbesondere für junge Menschen in Ostfriesland frühestmöglich greifbar sein. Erasmus Plus ermöglicht den frühzeitigen Bildungsaustausch in ganz Europa. Unser Ziel ist es, die Bildungsmobilität auch von und nach Ostfriesland zu erhöhen sowie den Jugendaustausch mit den EU-Mitgliedstaaten weiter auszubauen. Wir wollen die Finanzierung des Programms stetig ausbauen und zudem dafür sorgen, dass der Austausch während der Berufsausbildung noch stärker in den Fokus genommen wird. Auch die digitale Vernetzung europäischer Partnerschulen kann hier einen positiven Beitrag leisten und ein gemeinsames Lernen über Ländergrenzen hinweg ermöglichen. Die Europabildung im schulischen Kontext wollen wir stärken. Sie schafft ein tieferes Verständnis für die Werte, die uns in Europa vereinen. Als CDU Ostfriesland werden wir uns für ein fächerübergreifendes Europa-Curriculum einsetzen, das Schülern wesentliche Kenntnisse über die EU vermittelt.

Auch Städtepartnerschaften und Patenschaftsprogramme wollen wir stärker in den Fokus stellen. Forschung und Innovationen sind wesentliche Standortfaktoren. Investitionen, die wir heute in diesem Bereich tätigen, sichern unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand von morgen. Forschungs- und Lehrkooperationen an unserer Hochschule wollen wir vorantreiben. Daneben muss auch der europäische Wissens- und Technologietransfer an der Hochschule Emden-Leer fest verankert werden. Als CDU Ostfriesland haben wir uns für den Ausbau von Horizon Europe als Förderprogramm für Forschung und Innovation stark gemacht. Wir wollen auch in der nächsten Legislaturperiode sicherstellen, dass Institutionen unserer Region die Möglichkeiten besonders nutzen können.

## 3. EU-Strukturförderung für Ostfriesland stärken

Die CDU ist die Europapartei und die Kommunalpartei in Ostfriesland. Wir denken Europa, Deutschland, Niedersachsen, Ostfriesland und unsere Städte, Landkreise und Gemeinden zusammen und ziehen unsere Kraft aus dieser Vielfalt der kommunalen Wurzeln. Die Eigenverantwortung der Kommunen ist seit je her unsere große Stärke. Wir bekennen uns ausdrücklich zur kommunalen Selbstverwaltung. Dem Subsidiaritätsprinzip muss auf allen Ebenen Geltung verschafft werden. Europäische Regeln dürfen nicht noch durch zusätzliche nationale Vorgaben überfrachtet werden. Entlastungsspielräume müssen wir gezielt im Sinne unserer Kommunen nutzen. Wir wollen die Kommunen gezielt fördern und nicht von oben herab in ihre Angelegenheiten eingreifen. Dieses Prinzip gilt nicht nur im Bereich der Gesetzgebung, sondern auch im Sinne europäischer Förderpolitik. Dazu ist es auch entscheidend, für vereinfachte Fördermöglichkeiten und schlanke Antragsverfahren einzutreten.

Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, von einzelnen Fördervorgaben auf Zielvorgaben umzustellen und Gelder verstärkt pauschal gemäß dieser Zielvorgaben auszureichen. Insbesondere bei für Ostfriesland wichtigen Fonds wie dem Fonds für regionale Entwicklung (ERDF), dem Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) sind einfacher Zugang, schnelle Umsetzung und unbürokratische Abwicklung ausbaufähig. Sie unterstützen unsere Kommunen bei den vielfältigen Herausforderungen wie dem demographischen Wandel, fördern Aus- und Weiterbildung und Integration, gestalten Strukturwandel und Innovationen gemeinsam mit Hochschulen und Wirtschaft. Um dieses Potential noch besser zu nutzen, treten wir daher auf europäischer Ebene weiterhin für eine gute und zukunftsweisende regionale EU-Förderpolitik sowie transparente und wesentlich vereinfachte Abläufe ein.

## 4. Energiekooperationen ausbauen

Als CDU Ostfriesland unterstützen wir das Ziel der europäischen Klimaneutralität bis 2050. Dafür müssen wir unter anderem die klimaneutrale Stromversorgung stärken. Der Ausbau der Offshore-Windkraft im Rahmen der Nordsee-Energiekooperation (NSEC) spielt dabei eine tragende Rolle - auch in Ostfriesland. Wir setzen uns dafür ein, dass sich dies in der Vergabe europäischer Fördermittel widerspiegelt. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere innovative und energieintensive Industrie faire Standortbedingungen vorfindet. Bei der Umstellung auf klimaneutralen Wasserstoff braucht es zum Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit nicht nur staatliche Fördermittel, sondern auch einen Grenzausgleichsmechanismus, der dafür sorgt, dass außerhalb der EU erzeugter klimaschädlicher Stahl nicht länger privilegiert wird.

Das Land Niedersachsen muss den Emdener Hafen als Offshore Gateway ausbauen und mit zusätzlichen Umschlagflächen für Bauteile von Onshore-Windenergieanlagen zum Energie-Hub erweitern. Diese Investitionen des Landes in seinen größten Hafen sind zwingende Voraussetzung, um die Ausbauziele der Windenergie überhaupt erreichen zu können.

Der Ausbau der Wasserstofftechnologie wird ohne die Kapazitäten der ostfriesischen Gasspeicher nicht gelingen. Sie spielen eine strategisch entscheidende Rolle für eine europäische Wasserstoffwirtschaft. Damit unsere Region nicht nur zum Speicher- und Durchleitungsstandort Erneuerbarer Energien und von Wasserstoff wird, sondern wirtschaftlich partizipieren und Wertschöpfung und Wohlstand gewinnen kann, fordern wir, jetzt ein ostfriesisches Wasserstoff-Regionalnetz zu planen, damit schnell Planungssicherheit für Investitionen in Wasserstoff-nutzende Industrieanlagen entsteht.

## 5. Europäische Unterstützung für Ostfrieslands

### Katastrophenschutz

Der Katastrophenschutz ist ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitspolitik für Ostfriesland. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und die Vorsorge für den Krisenfall sind elementar. Katastrophenschutz ist nicht denkbar ohne die Menschen, die sich haupt- und ehrenamtlich dafür einsetzen. Daher müssen wir den Hilfsorganisationen und dem Zivilschutz mehr Anerkennung zeigen und die Grundlagen ihrer Arbeit stärken. Wir wollen den Katastrophenschutz durch europäische Initiativen wie dem rescEU-Programm untermauern und daraus finanzielle Mittel für Ostfriesland sichern.

## 6. Eine starke Land- und Forstwirtschaft

Niedersachsen ist Agrarland Nr. 1, und Ostfriesland ist darin eine starke Milchregion, und soll es auch bleiben. Unsere Landwirte produzieren ressourceneffizient regionale und qualitativ hochwertige Lebensmittel. So leisten sie einen wichtigen Beitrag, um Europas Lebensmittelversorgung zu sichern. Ostfrieslands Landwirte verdienen mehr Unterstützung bei der Ausübung ihres Berufs. Die Weiterentwicklungen von Produktionsbedingungen auf wissenschaftlicher Basis wollen wir mit ihnen gemeinsam gestalten. Mit der Rücknahme der Pflanzenschutzmittelverordnung ist den Abgeordneten von CDU und CSU ein entscheidender Erfolg im Sinne unserer Landwirte gelungen. Auf Grundlage des von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angestoßenen „Strategischen Dialogs mit der Landwirtschaft“ treten wir für eine pragmatische Gesetzgebung unter Berücksichtigung guter fachlicher Praxis und wissenschaftlich fundierter Politikfolgenabschätzung ein.

Von zentraler Bedeutung sind für uns die gleichen Wettbewerbsbedingungen für die heimische Landwirtschaft und das Einhalten unserer Produktions- und Produktstandards bei Importware aus Drittländern. Die Einkommensunterstützung für Landwirte muss auch nach der nächsten Reformrunde der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) im Jahr 2028 verankert sein. Insgesamt muss das Förderungs-

system deutlich vereinfacht und für die Landwirtschaft niedrigschwelliger auch mit Blick auf die Zielerreichung bei ökologischen Standards ausgerichtet werden. Die Akzeptanz der Ökoregelungen im derzeitigen System der GAP ist insbesondere in Ostfriesland nur schwach ausgeprägt und das zur Verfügung stehende Budget bei weitem nicht ausgeschöpft. Das Bekenntnis der Kommission zur Gleichstellung von mittels der modernen Züchtungsmethode Crispr/Cas gezüchteten Pflanzen mit konventionellen Züchtungen begrüßen wir.

## 7. Wolfspolitik an die Realität anpassen

Der Wolf ist vom gefährdeten Tier zu einer massiven Bedrohung für den ländlichen Raum und insbesondere für die Weidehaltung geworden. Die Wolfsübergriffe auf Nutztiere haben deutlich zugenommen. Als CDU Ostfriesland setzen wir uns für ein aktives Wolfsmanagement im Einklang mit dem Artenschutz ein. Wir begrüßen die angekündigte Schutzstatus-Änderung des Wolfes unter der Berner Konvention und fordern die Bundesumweltministerin auf, endlich im Europäischen Rat den Weg für diese Initiative der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, frei zu machen. In einem nächsten Schritt muss nun die Anpassung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) folgen, um die Entnahme des Wolfes europarechtlich flexibler zu gestalten.

Auch bundespolitisch müssen viel größere Anstrengungen unternommen werden, um die von Wolfsrissen betroffenen Regionen in Ostfriesland zu entlasten. Den bisher leeren Worten von Ministerpräsident Weil, Bundesumweltministerin Lemke und Landesumweltminister Meyer müssen endlich konkrete und wirksame Taten folgen. Wir setzen uns als CDU Ostfriesland für ein effektives Wolfsmanagement ein und fordern, dass Herdenschutzmaßnahmen weiterentwickelt, der Wolf europarechtskonform in das Jagdgesetz aufgenommen und die Kriterien der regelmäßigen Monitoring-Berichte zur Wolfspopulation überarbeitet werden. Darüber hinaus fordern wir zum Schutz unserer Deichschafe und damit für die Sicherheit unserer Küsten- und Hochwasserschutzdeiche eine Zone von 50 Kilometern entlang der Deiche Wolfsrudel-frei zu halten.

## 8. Zukunft unserer Fischwirtschaft sichern

Wir setzen uns für einen besseren Ausgleich zwischen Nachhaltigkeitsbestrebungen durch Meeresschutz und den wirtschaftlichen Interessen der niedersächsischen Fischerei ein. Derzeit stammen 70 Prozent der in Europa konsumierten Fisch- und Meeresfrüchte aus Importen. Unsere Fischer müssen hingegen die strengsten Regeln der Welt befolgen und zahlreiche Vorschriften erfüllen. Wir wollen sicherstellen, dass die Fischer an der Nordsee im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden. Die Expertise der Wissenschaft und der Fischer muss künftig besser in europäische Gesetzesvorhaben einbezogen werden. Es ist daher gut, dass Regulierungsentwürfe wie das Verbot der Grundschleppnetzfisherei in ausgewiesenen Gebieten, keine Mehrheiten gefunden haben. Ein solches Vorgehen wäre insbesondere für die Krabbenfischerei an der ostfriesischen Küste nicht tragbar gewesen.

Die ostfriesische Küstenfischerei wurde von der Koalition von SPD, Grünen und FDP um 80 Prozent des zugesagten Anteils aus den Versteigerungserlösen der Offshore-Windenergie-Flächen betrogen. Dass darf bei zukünftigen Versteigerungen nicht erneut passieren. Denn die Offshore-Flächen sind für die küstennahe Fischerei verlorene Fanggründe. Hinzukommen die Sicherheitszonen und die Kabeltrassen, die ebenfalls nicht befischt werden können. Der Anteil von fünf Prozent der Versteigerungserlöse der Offshore-Windenergieflächen muss zukünftig daher vollumfänglich für die notwendigen Strukturveränderungen der Fischereibetriebe eingesetzt werden.

Dieser Nachteilsausgleich für die von den Offshore-Plänen betroffenen Teile der Fischereiflotte ist so einzusetzen, dass

- die Fischereiflotte erneuert und modernisiert wird, damit sie alternative Fanggründe erschließen kann und ihre Antriebstechnik und ihr Fanggerät den neusten Standards zur umwelt- und klimafreundlichen Fischerei entsprechen,
- die Verarbeitung und Vermarktung in regionalen Strukturen gestärkt wird, um die Wertschöpfung vor Ort zu erhöhen und die Regionalität der Fischerei zu stärken,
- eine Abwrackprämie für überalterte Schiffe finanziert wird, um damit die Flotte reduzieren und den kleineren Fanggründen anpassen zu können.

Dieser Umbau der Flotte und der Vermarktungsstrukturen muss EU-beihilferechtlich ermöglicht werden. Denn der Verlust der Fanggründe ist eine direkte Folge der europäischen Beschlüsse zur Klimaneutralität der EU.

Mit Blick auf europäische Fangquotenregelungen braucht die Fischwirtschaft auch künftig Planungssicherheit. Daher gilt es, das Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Vereinigten Königreich anzupassen. Ebenso ist eine Einigung mit Norwegen zur Quotierung der Fänge erforderlich.

## 9. Chancen als Grenzregion nutzen: Für eine vielfältige Kooperation mit den Niederlanden

Als CDU Ostfriesland sind wir stolz auf die vielfältigen grenzübergreifenden Kooperationen, die in den letzten Jahren aufgebaut wurden. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Ostfriesland liegt im Herzen der Europäischen Union. Gute Beziehungen zu unseren Nachbarn insbesondere in den Niederlanden zeichnen uns aus, hier wird tagtäglich der europäische Gedanke gelebt. Die CDU Ostfriesland setzt sich für einen Ausbau der engen Verbindungen mit den Niederlanden ein. Von dem engen Austausch zwischen unseren Schulen, Universitäten, Verbänden, Institutionen und Kommunen profitieren Menschen auf beiden Seiten der Grenze. Wir wollen diese vielfältige Kooperation in der Wirtschaft, Energie, Verkehr, Tourismus, Wissenschaft und Forschung weiter stärken. Diese gilt es im Rahmen der Weiterentwicklung der europäischen Kohäsionspolitik zu vertiefen.

Infrastrukturplanungen wollen wir enger abstimmen, um die grenzübergreifende Verkehrspolitik zu verbessern. Die Wunderline als beschleunigte Zugverbindung zwischen Groningen und unserer Region fordern wir zeitnah zu realisieren. Ferner setzen wir uns dafür ein, den grenzübergreifenden Arbeitsmarkt weiter auszubauen. Dazu sollen sozialversicherungsrechtliche und arbeitsrechtliche Vorgaben zur Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit entbürokratisiert und einheitlich digitalisiert werden. Dies gilt insbesondere bei der A1-Bescheinigung. Auch die im Rahmen des EU-Projekts Grenzüberschreitendes Polizeiteam (GPT) erprobten gemeinsamen länderübergreifenden Polizeistreifen im deutsch-niederländischen Grenzraum haben sich bewährt. Aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen muss diese Zusammenarbeit verstetigt und vertieft werden.

## Wahlaufruf

Am 9. Juni haben Sie die Chance, Ihre Stimme für ein starkes und geeintes Europa abzugeben! Demagoguen, Radikale und Extremisten von rechts und links bedrohen unseren Wohlstand, unsere Sicherheit und unsere Freiheit. Unsere Antwort ist klar: Wir verteidigen unsere Friedens- und Wertegemeinschaft. Der Binnenmarkt und der Euro sind Garanten für Wohlstand und schaffen Arbeitsplätze – heute und in der Zukunft. Ostfriesland profitiert in vielfacher Hinsicht ganz erheblich von Europa. Diese Wahl ist eine Richtungsentscheidung für die Zukunft der Europäischen Union. Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, Entbürokratisierung, Strukturreformen, Zukunftsinvestitionen und die weitere Vervollendung des Binnenmarktes ein. Unterstützen Sie am 9. Juni die CDU Ostfriesland mit ihrer Stimme und sorgen Sie dafür, dass die Fraktion der Europäischen Volkspartei unser gemeinsames Europa auch künftig als gestaltende Kraft der Mitte prägen kann!

Ostfriesland braucht eine sichere Zukunft in einem starken und modernen Europa!